

Warum wir einen europäischen Islam brauchen und was dafür zu tun ist

Aus Anlass des "Karikaturenstreites"

Die Debatte über die Reaktionen muslimischer Massen auf die Publikationen von ihren Religionsstifter Mohammed verhöhnenden Karikaturen wird überwiegend verwirrt und verwirrend geführt. Sicher ist richtig, dass Meinungsfreiheit auch das Recht zur Verspottung deckt. Ebenso sicher ist es aber auch richtig, dass die Verspottung anderer Menschen ihre moralischen (und auch ihre rechtlichen Grenzen, vgl. § 166 des StGB) haben muss. Wenn die Diskussion darauf konzentriert wird, ob und wie zwischen derartigen gegenläufigen Prinzipien ein Kompromiss gefunden werden kann, geht sie an den politischen Fragen vorbei, deren Ernst durch die Toten markiert wird, welche dieser Konflikt bereits gefunden hat.

Die zentrale Frage wird dabei sein, wie die demonstrierenden muslimischen Massen eine tragfähige Hoffnung finden können, die sie in Zukunft immun macht gegen ihre Instrumentalisierung durch ihre religiösen Fundamentalisten. Aber auch die Frage ist nicht zu vergessen, unter welchen Voraussetzungen ein dummer, völkischer Nationalismus wie er in Dänemark zur Stütze der Regierung herangewachsen ist, es als lohnend erscheinen lässt, anti-islamische Ressentiments zu schüren.

Einen wichtigen Fingerzeig, worum es hier geht, liefern uns die Reaktionen der europäischen Muslimorganisationen: Protest gegen die Beleidigung ihres Religionsstifters, aber zugleich klare Distanzierung von Gewalt und Gewaltdrohungen, erst Recht von jeglichem Terrorismus. Erleben wir hier die ersten Schritte eines europäischen Islam, der - weit mehr noch als der türkische - voll in die europäischen Gemeinwesen integriert ist und zugleich als eine Brücke des Dialogs mit den islamischen Völkern und Traditionen dienen kann? Ein derartiger europäischer Islam kann entscheidend dazu beitragen, die Entwicklung islamistischer Hegemonieansätze zugunsten der auf Frieden und Toleranz gerichteten Traditionslinien des Islam auch in der Gegenwart wieder zu stärken. Aber wird er wirklich zustande kommen?

Die Frage des europäischen Islam betrifft eine wichtige Dimension der Gesellschaftspolitik Europas - in ihren Antworten auf die Herausforderungen der Immigration aus "fremden Ländern" und in ihrer Festlegung des Stellenwerts der Religionen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die in Westeuropa seit den 1950er Jahren gesellschaftlich bedeutend gewordene Immigration, wie sie die neoliberalen Zerstörungen und Entgrenzungen seit den 1990er Jahren wieder verstärkt haben, zugleich aber auch ein Erbe der Auflösung der europäischen Kolonialreiche und einer Politik der gezielten "Mobilisierung" fremder

Arbeitsbevölkerungen im westlichen Nachkriegsmodell ist, hat zu einer muslimischen Wohnbevölkerung von ca. 15 Millionen Millionen innerhalb der EU geführt.

Damit ist die Frage des Islam in Europa in neuer Weise akut - nachdem sie auf der iberischen Halbinsel durch die "Zurückeroberung" in einem christlichen Kreuzzug und auf dem Balkan durch einen von den europäischen Mächten betriebene Mobilisierung ethnischer Nationalismen gegen das osmanische Reich auf Restbestände reduziert worden war. Abstrakt betrachtet, bezogen auf Doktrinen, Texte und Intellektuelle, kann diese Frage eines europäischen Islam durchaus mit begründetem Optimismus betrachtet werden - nicht nur mit Ibn Ruschd/Averroes bietet die von der Reconquista kupierte Geschichte von Al Andalus die besten und schönsten Beispiele einer islamischen Aufklärung, welche inzwischen auch durchaus schon unter muslimischen Intellektuellen in Europa und Nordafrika kreative Fortsetzer gefunden hat, wie im Ibn-Ruschd-Jahr 1999 deutlich geworden ist. Aber eine derartige Betrachtungsweise bliebe eine bloß papierene Illusion, solange die europäischen Gesellschaften nicht ihrerseits die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein "europäischer Islam" sich auch in ihnen wirklich entfalten kann.

Denn alle europäischen Gesellschaften haben zwar eine gewisse Form der "Trennung von Staat und Kirche" realisiert - selbst die skandinavischen Länder mit ihren Staatskirchen oder Großbritannien mit seiner "etablierten Kirche". Damit haben sie de facto auch den öffentlichen Stellenwert der Religion relativiert, aber in einer Weise, die nur in Bezug auf als solche organisierten "Kirchen" funktionsfähig definiert ist. Jüdische Gemeinden und muslimische Gläubige kennen aber keinerlei kirchenförmige Organisation, auch wenn sie als Offenbarungs- und Buchreligionen über eine entsprechende Gelehrsamkeit und Ausbildungsinstitutionen verfügen. D.h. es gibt zwar fachliche oder charismatische Autoritäten, aber keine Verfahren der Entscheidung über religiöse Streitfragen - keine Hierarchie, keine Konzile, keine Synoden, kein "kirchliches Lehramt" und schon gar keinen Papst. Organisationsfragen beschränken sich auf praktische Fragen wie den Bau und den Unterhalt einer Kultstätte oder die Einstellung und Besoldung eines Rabbi bzw. Imam.

Damit die Muslime als Träger eines "europäischen Islam" in das europäische Modell "passen" können, muss ein Prozess in Gang gebracht werden, der sie als einen diesem europäischen Modell der kooperativen Trennung von Staat und Weltanschauungsgemeinschaft kompatiblen Träger konstituiert. Zu diesem Zweck müssen über Moscheenvereine und (zumeist nach Herkunftsländern) fragmentierte Organisationsansätze hinaus gehende Organisationsformen geschaffen werden, welche zum Träger der Interessenausgleichsprozesse werden kann, wie sie den Kern dieses europäischen Modells ausmachen: Förderung religiöser Aktivitäten im Austausch für "Treue zu Staat und Recht", Respektierung der Menschenrechte und, seit der Demokratisierung der europäischen Staaten,

durchaus auch Treue zur Demokratie. Der belgische Staat hat sich in diesem Sinne - wie er dies auch bei allen anderen "Konfessionen" tut, die keine Kirchen sind - im Dezember 1998 eine "konfessionelle Vertretung" der Muslime organisiert, mit richtigen Wahlen zu eine Vertretungskörperschaft der belgischen Muslimgemeinschaft.

Es wäre sicherlich nicht sinnvoll, dieses belgische Modell mechanisch verallgemeinern zu wollen. Auch das Berliner Modell der Gleichbehandlung sich selbst organisierender "Weltanschauungsgemeinschaften" bei ihrer gleichzeitigen Einbindung in die staatliche Organisation (wie es sich in der Berliner Schule nach der Einführung eines staatlichen Ethikfaches nur noch deutlicher profiliert) wäre durchaus zielführend - auch ohne etwa schiitische und sunnitische Linien des Islam in ein Boot zu zwingen.

In jedem Fall geht es um eine verbindliche Einbindung in eine demokratische Verfassungswirklichkeit, um gezielte Förderung und um Verpflichtung auf eine vorbehaltlose Verfassungstreue. Aber ohne eine bewusste, öffentlich organisierte Kooperation zwischen dem Staat und Religionsgemeinschaften, die keine Kirchen sind und werden können, wird das europäische Modell der demokratischen Einbindung der Religionen für die Muslime nicht funktionieren. Und ohne ein derartiges Modell der Einbeziehung der breiten Masse der Gläubigen wird es keinen "europäischen Islam" geben - außer vielleicht in kleinen Intellektuellenzirkeln.

Die Alternativen dazu wären praktisch desaströs. Die schlichte Privatisierung aller religiösen Gemeinschaften in den europäischen Gesellschaften würde nur dazu führen, noch weit mehr als heute schon in der Praxis herauszufinden, was es bedeutet, dass die Förderung des Moscheenbaus oder der Ausbildung von Imamen in den Händen des türkischen Staates, des Königs von Marokko oder von wahabistisch-islamistischen Netzwerken liegt. Und eine alle unterschiedlichen "Konfessionen" überwölbende "Verfassungsreligiosität" des "In God we trust!" - wie sie in den USA vorherrscht, in denen sich der Gedanke der staatlichen Neutralität in Weltanschauungsfragen nicht hat durchsetzen müssen - hat selbst in den USA, wo sie seit Jahrhunderten von allen Staatsapparaten propagiert wird, nur begrenzte Chancen, wesentlich über den Bogen der christlichen Konfessionen und der "jüdischen Minderheit" hinaus zu reichen. Sie enthält einfach keine Formen, in den sich Muslime als Muslime organisieren könnten, ohne eine Art von "Kirche" zu bilden - was in den USA formell bis zur sog. Scientology Church reicht.

Die in den USA durchaus wichtigen minority communities sind dagegen auf nationale Kulturen der Herkunftsländer bezogen, nicht auf eine übergreifende religiöse Orientierung. Eine derartige "europäische Lösung" hat allerdings eine wichtige Prämisse, die etwa in den USA wohl deutlich minoritär und auch in Europa keineswegs unstrittig ist: Nämlich die Voraussetzung, dass ein demokratischer Staat dazu in der Lage ist, sein

Gemeinwesen politisch zu verfassen, ohne dafür auf religiös bestimmte Voraussetzungen angewiesen zu sein. Die katholische Kirche hat dies in Europa bisher nur de facto akzeptiert und auch prominente VertreterInnen der protestantischen Kirche fühlen sich von einer derartigen

Voraussetzung

offenbar zu etwas tendenziell Überflüssigem erklärt. Ohne die Arbeit der "Aufklärer", die seit dem 16. Jahrhundert daran gearbeitet haben, religiöse Lebensorientierungen weniger wichtig zu machen, wäre heute diese europäische Lösung auch gar nicht möglich. Die europäischen Muslime scheinen bereit zu sein, zu einer säkularen Gesellschaft Ja zu sagen, die sich kooperativ zu den existierenden Religionen verhält.

Der "Dialog der Kulturen" ist dem gemäß nicht nur zwischen deren religiös geprägten Establishment zu führen, sondern bedarf der aktiven Beteiligung und Einbeziehung auch dieser aufklärerischen Kräfte, wie sie auch unter europäischen Muslimen existieren. Nur so kann es in Europa gelingen, im Dialog einen "europäischen Islam" zu finden, der fest und verbindlich in den

demokratischen Verfassungsbogen eingebunden ist. Das setzt allerdings voraus, dass alle religiösen Seiten dazu bereit sind eine wesentliche Konzession zu machen - nämlich zuzugestehen, dass ihre eigenen Wahrheiten nicht deswegen auch gleich für alle anderen verbindlich sind, deren Menschen- und BürgerInnenrechte daher auch dann und dort zu respektieren sind, wo sie wesentliche religiöse Wahrheiten ablehnen oder gar verspotten. Und dass der Staat sich auf allgemein verbindliche Grundlagen von Ethik, Recht und Politik beschränkt und ansonsten jeden nach seiner Fassung selig werden lässt.

Das war im 17. Jahrhundert der Preis dafür, die großen europäischen Religionskriege zu beenden. Heute ist es der Preis dafür, langfristig zu vermeiden, dass Europa zum Schlachtfeld eines Kampfes religiös definierter Kulturen wird. Vielleicht können die europäischen Staaten auf diese Weise sogar einen praktisch tragfähigen Beitrag dazu leisten, wie das Zusammenleben einer Menschheit verfasst werden kann, deren religiöse Pluralität weit über die europäischen Religionsverhältnisse hinausgeht.

Dr. Frieder Otto Wolf (Berlin)

Dr. Wolf ist stellvertretender Vorsitzender des Bundesvorstandes des HVD und Präsident der Humanistischen Akademie